



Regierungsratsbeschluss vom 26. September 2023

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD; Bundesgesetz über die Besteuerung des mobilen Arbeitens im internationalen Verhältnis; Vernehmlassung

P230873

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an die Eidgenössische Steuerverwaltung.

Begründung

Der Regierungsrat begrüsst die neue Gesetzesvorlage mit wenigen Bemerkungen. Die neue Regelung erfolgt im Anschluss an eine zwischen der Schweiz und Frankreich getroffene Vereinbarung für die Besteuerung des Einkommens im ausländischen Homeoffice. Sie schafft eine explizite gesetzliche Besteuerungsgrundlage für Arbeitnehmende, die für eine inländische Arbeitgeberin bzw. einen inländischen Arbeitgeber im Ausland im Homeoffice arbeiten. Durch die Neuregelung soll erreicht werden, dass möglichst wenig Steueraufkommen verloren geht, wenn die Erwerbstätigkeit vermehrt ohne physische Präsenz im Kanton Basel-Stadt bzw. in der Schweiz ausgeübt wird.

